

Dienstag, 18. Oktober 2022, Offenbach-Post / Seligenstadt/Hainburg/Mainhausen

# Aufwärm-Stationen geplant

## Energiekrisenszenario in Hainburg: Heizung aus, Duschwasser kalt

**Hainburg** – Unter anderem mit öffentlichen Wärmeinseln für frierende Bürger will die Gemeinde Hainburg auf eine mögliche Gas- und Stromkrise im Winter reagieren. Dies teilte Bürgermeister Alexander Böhn (CDU) in der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung mit. Weitere Auskünfte zu lokalen Krisenszenarien fordert ein Antrag der SPD, den das Plenum in den Haupt- und Finanzausschuss verwies.

Bemerkbar machte sich die allgegenwärtige Angst vor möglichen Energie-Engpässen aufgrund des Ukraine-Kriegs bereits im Verlaufe der Sitzung: Um Gas zu sparen bleibe – vorerst wohl bis nach den Herbstferien – die Heizung in der Kreuzburghalle aus, erklärte Böhn die leicht klamme Atmosphäre. In den Duschen fließe, analog zu den Schulturnhallen im Kreis Offenbach, vorerst auch kein warmes Wasser mehr, was bereits zu ersten Unmutsäußerungen unter den Nutzern führe.

Bei seinen Planungen sei der verwaltungsinterne Stab bemüht, mit dem Kreis Offenbach und insbesondere den Nachbarkommunen im gleichen Schrittmaß zu gehen, betonte Böhn.

Zu den erstrebten „gemeinsamen Standards“ gehörten Aufwärm-Stationen in öffentlichen Gebäuden für Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr heizen können. Gleich diesem werde eine ganze Reihe möglicher Szenarien durchgespielt.

Derweil schlagen erste Kriegsfolgen auf dem Energiesektor nach Worten des Rathauschefs bereits spürbar auf die Kommune durch: Für benötigte Materialien und Ausrüstungsgegenstände gebe es teils jahrelange Lieferzeiten.

Abschlagszahlungen für Gaslieferungen würden beträchtlich erhöht. Der Staat sei gefordert, Energie nicht nur verfügbar, sondern auch bezahlbar zu halten, mahnte Bürgermeister Alexander Böhn. Ansonsten rechne er für den

Winter mit „sozialem Unfrieden“.

Ähnliche Befürchtungen hegen offenbar die örtlichen Sozialdemokraten, deren Antrag einen umfassenden Bericht über die Krisenvorbereitungen verlangt. Als mögliche Wärmeinseln schlägt die SPD Schulen vor und regt „unbürokratische“ Hilfen für Bürger an, die ihre Heizung nicht mehr bezahlen können.

Die Begründung schließt mit dem Satz: „Es geht darum, das Beste zu hoffen, aber auf das Schlimmste vorbereitet zu sein“. zrk